



**JU**

JUNGE UNION  
LANDESVERBAND BRAUNSCHWEIG

# Sachanträge (A) für Antragsberatung zum Thema

„Das Versagen der  
rot-grünen Landesregierung“

**71. Landesverbandstag der Jungen Union  
am 20./21. Mai 2016 in Salzgitter**

## Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (A)

---

**Antrag Nr.: 01**

**Verband: Kreisverband Helmstedt**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die niedersächsische Landesregierung auf, sich für einen Gesetzesentwurf einzusetzen der vorsieht, dass Kinder, welche im dritten Kindergartenjahr noch immer erhebliche Probleme mit der gesprochenen deutschen Sprache haben, verpflichtend an einem Sprachkurs teilnehmen müssen.“

### **Begründung:**

„Die allermeisten Kinder mit signifikanten sprachlichen Schwächen werden bereits heute in Sprachschulkindergärten gesondert betreut. Die im Antrag angesprochene Regelung würde also nur wenige Schüler betreffen, die durch das System fallen, da ihre Eltern nur ein geringes Maß an Engagement an den Tag legen oder andere unvorhersehbare Umstände eintreten. Auch diese durch das System fallenden Schüler müssen jedoch in den Schulalltag eingebunden werden. Auch könnte diese Regelung bei Kindern zur Anwendung kommen, deren Eltern eingewandert sind und nur geringen Integrationswillen zeigen. Da wir in einem solchen Fall verpflichtet sind, das Kind im Sinne der Chancengleichheit aufzufangen und zu integrieren, kann diese Regelung hier langfristig Integrationsprobleme lösen.“

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Antrag Nr.: 02**

**Verband: Kreisverband Helmstedt**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert das niedersächsische Kultusministerium auf, sich für die Einführung eines verpflichtenden Förderjahres vor dem ersten Grundschuljahr einzusetzen. Dies kann auch in Form eines verpflichtenden letzten Kindergartenjahres umgesetzt werden.“

### **Begründung:**

„Viele Grundschulen haben das Problem, dass die neu eingeschulten Kinder signifikante Schwächen in der Konzentrationsfähigkeit und dem Sozialverhalten aufweisen. Dies steht der Wissensvermittlung häufig im Wege. Um dem vorzubeugen ist ein letztes Kindergartenjahr für alle, in dem solche Dinge spielerisch, aber auch mit einer gewissen Konsequenz angelernt werden, zielführend.“

### **Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Antrag Nr.: 03**

**Verband: Landesvorstand Braunschweig**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Alle Kosten, die den Kommunen für das Vorhalten von Schulangebot und Schulanlagen im Zuge der Inklusion entstehen, müssen durch das Land Niedersachsen erstattet werden. Die rot-grüne Landesregierung darf die Zeche für ihre Schulpolitik nicht den Kommunen anlasten.“

### **Begründung:**

„Obwohl Deutschland in der Betreuung von behinderten Schülern weltweit ein Vorbild ist und exzellente Förderschulen vorweisen kann, hat sich die rot-grüne Landesregierung entschlossen den Weg der Inklusion zu gehen. Faktisch existiert eine gut ausgebaute Förderschullandschaft momentan parallel zu inkludierten Schulen. Mit den Kosten für diese Doppelstrukturen müssen sich in letzter Konsequenz die Kommunen auseinandersetzen. So ist bspw. die Nachrüstung eines Schulgebäudes mit erheblichen Kosten verbunden, damit dieses behindertengerecht wird. Dieser Weg ist von der Landesregierung ideologisch gewollt und muss deshalb auch vom Land und nicht von den Kommunen finanziell getragen werden.“

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Antrag Nr.: 04**

**Verband: Kreisverband Wolfenbüttel**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die niedersächsische Landesregierung auf, sich für eine bessere Ausstattung der schulischen Klassenräume einzusetzen.“

### **Begründung:**

Ab der Sekundarstufe 1 sollen sämtliche Klassenräume mit Whiteboards bzw. Multifunktions-Whiteboards sowie Beamern ausgestattet sein.

Unsere hiesigen Schüler sollen bereits im frühen Alter mit modernen Medien und Unterrichtsmethoden aufwachsen. Weiterhin stellen diese Medien eine körperliche Entlastung der Lehrkraft dar. Diverse Bücher wie auch Sonstiges Unterrichtsmaterial kann entsprechend auf einem Laptop und/oder Tablet mitgeführt. Nach der Unterrichtseinheit können dem Schüler die verwendeten Unterlagen auf einem entsprechenden Onlineserver zur Verfügung gestellt werden.

Der Schüler kann somit bei seiner Unterrichtsnachbereitung auf die verwendeten Medien zugreifen. Nicht nur im Schulalltag werden Lehrkräfte und Schüler mit digitalen Medien

## Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (A)

---

konfrontiert. Der spätere Berufseinstieg wird entsprechend frühzeitig auf mobile Geräte vorbereitet.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Antrag Nr.: 05**

**Verband: Kreisverband Braunschweig**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Der Landesverbandstag der Jungen Union Braunschweig fordert die niedersächsische Landesregierung auf, sich für eine Änderung der Beförderungspflicht von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I einzusetzen, sodass diese nicht mehr abhängig von der Länge des Schulweges einsetzt.“

### **Begründung:**

„Da Schülerinnen und Schüler ihre Beförderungskarten vor allem auch für Freizeitaktivitäten nutzen, und dies auch in Zukunft so beibehalten werden sollte, ist es zwecks Chancengleichheit sinnvoll diese Mobilität nicht an eine bestimmte Länge des Schulweges zu koppeln. Nur durch diesen Wegfall der Mindestentfernung kann jeder Schülerin und jedem Schüler eine Teilhabe am außerschulischen Leben garantiert werden.“

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Antrag Nr.: 06**

**Verband: Kreisverband Peine**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Der JU Landesverband Braunschweig setzt sich gegenüber der niedersächsischen Landesregierung wieder für eine stärkere Förderung der Gymnasien und prinzipiell des mehrgliedrigen Schulsystems in Niedersachsen ein. Gymnasien sollen mit modernem Equipment ausgestattet werden und wieder genügend Lehrerstunden zur Verfügung haben, um eine umfassende und flächendeckende Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Weiterhin soll Inklusion an Schulen durchgeführt werden, wenn sie der Förderung und Entwicklung der Schüler dient und nicht ungeachtet der konkreten Fälle flächendeckend verordnet werden.

Auch gegenüber grünen Überlegungen vom Schulsystem ohne Noten und ohne „Sitzenbleiben“ sollten wir uns klar distanzieren.“

### **Begründung:**

„Die Rot-Grüne Landesregierung von Ministerpräsident Stephan Weil hat seit Beginn dieser Legislaturperiode eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass ihr in der Bildungspolitik in

## Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (A)

---

erster Linie nicht am Wohl von Schülern und Lehrern gelegen ist, sondern hauptsächlich an der Umsetzung von rot-grüner bildungspolitischer Ideologie. Während offiziell von mehreren gleichberechtigten Schulformen gesprochen wird, findet in Wirklichkeit eine schleichende Abschaffung der Gymnasien statt. Während die Entstehung von neuen Gesamtschulen trotz der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung landesweit gefördert wird und diese mit umfangreichen finanziellen Mitteln bestens ausgestattet werden, haben Gymnasien das Nachsehen. Trotz eines großen Interesses von Eltern und Schülern am Gymnasium wird an dieser Stelle gespart: Lehrerstellen für Gymnasien werden gestrichen, während den zum Teil deutlich überlasteten Gymnasiallehrern Mehrarbeit aufgebürdet wird. Trotzdem ist eine ausreichende Unterrichtsversorgung nicht zu gewährleisten. Auch müssen Gymnasien oft mit völlig veraltetem Equipment arbeiten und haben keine Möglichkeit, die Schüler den digitalen und technologischen Fortschritten angemessen zu bilden.

Der Landesverband der JU Braunschweig sollte sich gegenüber der Niedersächsischen Landesregierung für eine deutlich bessere finanzielle Förderung der Gymnasien einsetzen, um eine umfassende Bildung unseres Nachwuchses zu ermöglichen und sich gegen eine langsame Austrocknung der Gymnasien wehren.

Weiterhin sollte wir uns für eine Inklusion nach Augenmaß einsetzen. Bei speziell förderungsbedürftigen Schülern sollte von Fall zu Fall zwischen den Schülern selbst, deren Eltern und Lehrern beraten und entschieden werden, wie eine optimale Förderung und Entwicklung ermöglicht werden kann. Es sollte allen die Möglichkeit offen stehen, in eine allgemeinbildende Schule integriert zu werden. Ebenso sollte aber auch immer eine besondere Förderung an einer unserer sehr guten speziellen Förderschulen möglich sein. Inklusion, wie sie von der aktuellen Landesregierung umgesetzt wird, dient eher der Kosteneinsparung zugunsten anderer Projekte und versteckt sich unter dem Vorwand der Integration aller Schüler. De facto findet sie aber auf dem Rücken aller Beteiligten statt und schafft Situationen, in den besonders förderungsbedürftige Schüler in Klassen von teils über dreißig Schülern überfordert sind und nicht ausreichend beachtet werden können und andere Schüler in ihrem Lernfortschritt eingeschränkt sind.

Auch sollten wir klar deutlich machen, dass gefährliche, bildungspolitische Experimente wie die Abschaffung von Schulnoten und der Möglichkeit des Sitzenbleibens nie unsere Zustimmung bekommen werden, da sie in krassem Gegensatz zum Prinzip des Förderns und Forderns stehen und in keiner Weise auf ein späteres Berufsleben vorbereiten.“

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Antrag Nr.: 07**

**Verband: Kreisverband Helmstedt**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert das Kultusministerium Niedersachsen auf, die Abiturnoten 0,8 und 0,9 auch in Niedersachsen einzuführen, um das niedersächsische Abitur bundesweit vergleichbar zu machen.“

## Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (A)

---

### Begründung:

„Ein wirklich guter Abiturient aus Niedersachsen wird einem aus Bayern oder Baden-Württemberg notentechnisch immer unterlegen sein, da er nicht besser als 1,0 sein kann. Da 1,0 aber bereits ab 13,8 Punkten Durchschnitt erreicht ist, gibt es zwischen 14 und 15 Punkten Durchschnitt keinen Unterschied. Das widerspricht dem Leistungsprinzip und benachteiligt unsere Talente der Zukunft.“

### Votum der Antragskommission:

Annahme

### **Antrag Nr.: 08**

**Verband: Kreisverband Helmstedt**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert das niedersächsische Kultusministerium auf, das Kerncurriculum für das Fach Geschichte der gymnasialen Oberstufe zu verändern. Dabei soll jede historische Epoche, also Antike, Renaissance, Mittelalter und Neuzeit, in je einem Semester unterrichtet werden.“

### Begründung:

„In den meisten Abiturjahrgängen ist es üblich, sich 3 der 4 Halbjahre mit der Epoche des Nationalsozialismus zu beschäftigen. Damit bleibt nur ein Halbjahr um die Epochen Antike, Mittelalter und Renaissance abzuhandeln. Auch für komplexe historische Thematiken wie die industrielle Revolution, den Kolonialismus oder den Imperialismus bleibt nur dieses eine Halbjahr. Dazu kommt noch, dass auf den verschiedenen Kontinenten auch sehr unterschiedliche Hochkulturen aufblühten (z.B. Japan, Azteken, China, Mesopotamien), die eine genauere Betrachtung wert wären.“

### Votum der Antragskommission:

Annahme

### **Antrag Nr.: 09**

**Verband: Landesvorstand Braunschweig**

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert das niedersächsische Innenministerium auf, dass bei der Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen nicht nur die Größe ausschlaggebend sein darf. Kommunen mit Leerstand und / oder einem entspannten Mietmarkt sollten gegen einen angemessenen finanziellen Ausgleich größere Kontingente aufnehmen. Das SPD-geführte Innenministerium muss zweckmäßiger vorgehen und darf die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht weiter ignorieren.“

### **Begründung:**

„Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Die eigentliche Versorgung und die Integration der Menschen finden in den Kommunen statt. Die Verteilung durch das Land Niedersachsen finden unter Berücksichtigung der Größe einer Kommune statt. Dieses Verteilungskriterium ist aber nur bedingt zweckmäßig. Kommunen wie Braunschweig mangelt es schon heute an tausendenden Wohnungen und die Mietpreise sind in den letzten Jahren extrem stark angezogen sind. Andere Kommunen haben stattdessen mit Leerstand zu kämpfen. Land und Kommunen müssen die Verteilung der Flüchtlinge mit mehr Augenmaß vornehmen und dabei vor allem das Wohnungsangebot im Blick haben. Die Kommunen, die unverhältnismäßig viele Flüchtlinge aufnehmen, müssen natürlich einen angemessenen finanziellen Ausgleich von den weniger betroffenen Kommunen erhalten.“

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

<b>Antrag Nr.: 10</b>
-----------------------

<b>Verband: Kreisverband Helmstedt</b>
--

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die niedersächsische Landesregierung auf, auf einen ausgeglichenen Haushalt, nach dem Beispiel Bayerns oder des Bundes, hinzuwirken.“

### **Begründung:**

„Schuldenpolitik ist Politik auf Kosten der Zukunft und der Jugend!“

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

<b>Antrag Nr.: 11</b>
-----------------------

<b>Verband: Kreisverband Helmstedt</b>
--

### **Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert den Ausbau der Zugverbindungen zwischen den Gemeinden und Städten des Braunschweiger Landes und der Stadt Wolfsburg.“

### **Begründung:**

## Anträge zum JU-Landesverbandstag 2016 – Teil (A)

---

„Während die Straßen zwischen besagten Standorten sehr gut ausgebaut sind, sind Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel oft auf den Bus angewiesen. Gerade für eine Region die sich anschiekt, attraktiv für Jugendliche zu sein, ist dies insofern schwierig, dass gerade Jugendliche und vor allem Studenten oft auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind.“

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Antrag Nr.: 12**

**Verband: Kreisverband Salzgitter**

**Der 71. Landesverbandstag möge beschließen:**

„Die Junge Union Landesverband Braunschweig fordert die niedersächsische Landesregierung zu einem verantwortungsvolleren Umgang ihres Mandats im VW-Aufsichtsrat im Zusammenhang mit der Abgasaffäre auf. Bonuszahlungen für den Vorstand sind bei zeitgleicher Unsicherheit für Beschäftigung und Lohnentwicklung für die Belegschaft nicht hinnehmbar.“

**Begründung:**

„Ggf. mündlich“

**Votum der Antragskommission:**

Annahme